

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.
Wien, 1., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 24. September 1919, Nr. 382.

Ausgestaltung des Kraftstellwagenverkehrs. Ausgabe von 13 Millionen Kronen.

In den Sitzungen des Stadtrates vom 18. und 24. d.M. haben sich die Stadträte mit den Anträgen der Strassenbahndirektion wegen grosszügiger Ausgestaltung des Kraftstellwagenbetriebes befasst und haben im Sinne eines vom StR. Breitner erstatteten Referates nach dem Ergebnis der zwischenzeitig erfolgten Verhandlungen mit den in Betracht kommenden Firmen folgende Beschlüsse gefasst: Es gelangen sofort 45 Chassis für Benzinwagen bei der Firma A. Fross-Büssing und 30 Elektrochassis bei der Firma Österr. Daimler Motoren A.G. zur Vergebung. Bezüglich der Batterien und deren Instandhaltung wurde gleichzeitig mit der Akkumulatorenfabrik A.G. ein zwanzigjähriger Vertrag abgeschlossen. Die Vergebung der Wagenkästen wird im Offertwege geschehen. In der Debatte, die sich an diesen beiden Tagen über den Gegenstand entspann, wurde zunächst darauf hingewiesen, dass beide Firmen nach den Wiener Verhältnissen ihre Berechtigung und Notwendigkeit haben. Der Elektrowagen bietet den Vorteil, dass er geräuschlos und geruchlos ist und dass mit seiner Einführung auch den Interessen des Elektrizitätswerkes im hohen Masse gedient ist. Dem gegenüber steht aber der Nachteil, dass der elektrische Betrieb an ganz bestimmte Ladestationen gebunden ist, die grosse Kosten verursachen und deren Errichtung mangels geeigneter Plätze auf erhebliche Schwierigkeiten stösst. Auch ist er infolge des Gewichtes der mitgeführten Batterien gegenüber den Benzinwagen im Nachteil und kann auch nicht die in Wien vielfach starken Steigungen ohne weiteres überwinden. Der Benzinwagen ist freizügig, aber gegenwärtig infolge des ausserordentlich hohen Preises von Benzin überaus teuer. Regierungsrat Schmid wies in längeren Ausführungen darauf hin, dass er unbedingt darauf beharren müsse, dass die Elektrowagen, denen zweifellos die Zukunft gehört, gegenüber den Benzinwagen nicht zurückgesetzt würden und dass an Stelle der ursprünglich vorgeschlagenen Ziffer von 50 Benzinwagen und 25 Elektrowagen eine Verschiebung zu Gunsten der letzteren erfolge. Die der Ausführung dieses Verlanges entgegenstehenden Schwierigkeiten würden bei gutem Willen sicher zu überwinden sein. Die seither stattgehabten Verhandlungen haben tatsächlich die Möglichkeit geboten, diesen Wünschen Rechnung zu tragen. In den Verhandlungen, die seitens des eingesetzten Komitees, bestehend aus Regierungsrat Schmid und dem Referenten, mit den in Betracht kommenden Firmen geführt wurden, und die sich äusserst schwierig gestalteten, ist es gelungen, gegenüber den gestellten Offerten eine Herabsetzung um insgesamt 630.000 Kronen und eine Reihe anderer ergänzender Bestimmungen durchzusetzen. Unter anderem wurde von der Firma Fross-Büssing der Gemeinde ein Optionsrecht auf weitere 45 Wagen innerhalb eines Jahres nach Lieferung des gegenwärtigen Schlusses eingeräumt. Der gesamte Aufwand, welcher der Gemeinde durch diese Bestellung erwächst, beträgt 13 Millionen Kronen, was bei der derzeitigen Finanzlage Wiens und da es sich um die letzten Reste des Investitionsanlehens handelt, schwer ins Gewicht fällt. Die Wagen werden im Laufe des Jahres 1920 zur Ausführung gelangen und haben die Firmen die Verpflichtung auf sich genommen den Gemeindeauftrag allen übrigen Ordres vorzuziehen. Gelegentlich der heutigen Beratung erstattete Ober-Inspektor Berbalg von den Strassenbahnen auch einen Bericht über die gegenwärtigen Verkehrsverhältnisse, dem folgendes zu entnehmen ist: Es sind gegenwärtig 12 Wagen im Betriebe, die in den nächsten Tagen eine kleine Steigerung auf 16 erfahren werden. Mit Rücksicht auf den ungeheuerlichen Ansturm, dem die Kraftstellwagen angesichts der Einstellung des Strassenbahnverkehrs ausgesetzt

sind, ist es notwendig die Wagen mit 3 Chauffeuren zu besetzen, um eine Demolierung der Betriebsmittel zu verhüten. Es werden in späterer Folge noch 10 Wagen für die Sachdemobilisierung eingestellt werden; doch erfordern dieselben umfangreiche Herstellungen, so dass vor Ablauf von 3 bis 4 Monaten keinesfalls zu rechnen sein wird. Das Referat wurde einhellig genehmigt.

Im Anschluss daran stellte StR. Breitner den Antrag, dass die Direktion der Strassenbahnen angewiesen werde, für die Kraftstellwagen unter keinem Titel ermässigte oder Freikarten zu gewähren und soll diese Verfügung ausnahmslos sich auch auf die Gemeinderäte und sonstigen Funktionäre, die auf der Strassenbahn Freikarten haben, erstrecken. Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 24. September 1919, Nr. 383.

ein Bericht über Kohleneinlauf. In der heutigen Stadtratsitzung brachte VB. Winter den Kohleneinlauf in der Zeit vom 14. bis 20. September zur Kenntnis, wonach der Einlauf an Ostrauer Kohle für das städtische Gaswerk 68%, an Nordwestböhmischer Kohle für die städtischen Elektrizitätswerke 32% und an Hausbrandkohle 20,7% der vereinbarten Menge betrug.

Erhöhung der Beiträge der Feuerversicherungsgesellschaften. In der heutigen Sitzung des Stadtrates berichtete StR. Breitner über die Erhöhung der Beiträge der Feuerversicherungsgesellschaften für Feuerwehrrwecke. Er wies darauf hin, dass schon gelegentlich der Budgetberatung wiederholt der Meinung Ausdruck gegeben worden sei, dass die gegenwärtigen Beiträge in keinem Verhältnisse zu den Auslagen stehen, welche die Gemeinde Wien für das Feuerlöschwesen hat, die ungefähr 14,2 Millionen Kronen betragen und dass sowohl die Anstalten, als auch die Versicherten grosse Vorteile aus den mustergiltigen Einrichtungen der Wiener Feuerwehren geniessen, indem sie geringere Schadenersätze, bzw. niedrigere Prämien zu zahlen haben. Da die Gemeinde Wien für die Feuerlöschrichtungen stets steigende Aufwendungen zu machen hat, so erscheint es gewiss gerechtfertigt, wenn der bisherige Beitrag von 2% der Bruttoprämien einnahmen auf 25% erhöht werde. Anlässlich der Budgetberatung sei bereits von einer Erhöhung auf 30% die Rede gewesen. Er (der Referent) beantrage jedoch nur 25% und bitte um die Annahme dieses Antrages. In Hinblick auf die Finanzlage der Gemeinde VB. Hoss findet den Standpunkt des Referenten begreiflich; dennoch könne er seinen Antrag nicht zustimmen, weil damit eine neue Belastung des Hausbesitzer- und Mieterstandes verbunden sei. StR. Vaugoin äusserte dieselben Bedenken, worauf StR. Breitner in seinen Schlussworte ausführte, dass sein Antrag eigentlich keine Menerung sei, nachdem, wie er schon früher erwähnt habe, bei der Budgetdebatte eine Erhöhung von 30% in Aussicht genommen worden sei. Der gesamte Ertrag, welcher der Gemeinde aus diesem Titel zuflüsse, berechne sich mit 2,7 Millionen und die erhöhten Kosten verteilen sich bei 1,500.000 Mietern auf durchschnittlich 5 bis 6 Kronen. Diese neuerliche Belastung gehöre eben mit zu den Verteuerungen unter denen wir jetzt zu leiden haben. Trotz der Erhöhung werde übrigens nur ein Viertel der Kosten, die die Gemeinde für Feuerlöschzwecke hat, gedeckt.

Bei der Abstimmung wurde der Referentenantrag mit den Stimmen der Mehrheit angenommen.

Abgabe von Kipflerkartoffeln. Donnerstag bis Samstag werden im 7. Bezirk Kipflerkartoffeln, und zwar $\frac{1}{2}$ kg pro Kopf zum Preise von Kr 3,84 für das kg, gegen Abtrennung des Abschnittes „0“ der Kartoffelkarte abgegeben. Die noch ausstehende Belieferung des 2. und 17. Bezirkes wird sofort nach Einlauf der avisierten Sendungen erfolgen.

„Zewiverba“: Neueingelangt: Aepfel 1 kg K 3,60, dänische Rinderplockwurst 1 kg K 50,-, Ofir (Putzpulver) per Flasche K 2,50, Zahnpulver per Stück K 1,-, Kalodont per Stück K 2,60, ferner ist noch ein kleiner Rest von Kunsthonig zum Preise von K 5,20 per kg im Verkauf. Ueber die Zeit der Verkehraueinstellung werden die Verkaufs- und Geschäftsstunden auf die Zeit von 8 Uhr früh bis 3 Uhr nachmittags festgesetzt. Mit Eintritt normaler Verkehraueinstellung treten auch wieder die normalen Geschäftsstunden in Kraft.

Zur Kohlenfrage. Bgm. Reumann erstattete in der heutigen Stadtratsitzung einen Bericht über die Kohlenversorgung Wiens in den letzten Tagen. Er hob hervor, dass die Versorgung nach wie vor eine vollkommen ungenügende sei und dass von dem erforderlichen Tagesquantum von 5.700 Tonnen nur ein Bruchteil einlaufe. In den letzten vier Tagen gestaltete sich der Einkauf an Kohle für Hausbrand, Gewerbe und Industrie folgendermassen: Am 20. September langten 596 Tonnen, am 21. September 485 Tonnen, am 22. September 465 Tonnen und am 23. September ebenfalls 465 Tonnen Kohle ein. Die Elektrizitätswerke erhielten am 20. September 69 Tonnen, am 21. September 84 Tonnen, am 22. September 435 Tonnen. Die Einkäufe im Gaswerke waren zufriedenstellend, jedoch nur so hoch, dass der Tagesbedarf knapp gedeckt werden konnte. Die geringfügige Besserung, welche die Einläufe beim Elektrizitätswerk und beim Gaswerk aufweisen, lässt keine optimistischen Schlüsse zu.

Wie bekannt, haben die vollkommen unzulänglichen Zuschüsse neuerliche Verhandlungen mit dem tschechoslovakischen Staate veranlasst. VB. Emerling wurde am gestrigen Tage vom Bürgermeister nach Prag entsendet, um an diesen Verhandlungen teilzunehmen.

Wie bereits gestern gemeldet wurde, sind an den Bürgermeister von verschiedenen Seiten Angebote auf englische und amerikanische Kohle gerichtet worden. Diese Angebote konnten fast durchwegs nicht verwendet werden, da ihnen jede ernste Grundlage fehlte und die Kohle in keinem Falle greifbar war. Die Verhandlungen, welche auf Lieferung amerikanischer Kohle abzielten, haben keinen Erfolg gezeitigt, denn, wie das letzte Telegramm aus Amerika besagt, ist dieses nicht im Stande an Deutschösterreich Kohle abzugeben.

Die verschiedenen Vorschläge, die gemacht wurden, den Strassenbahnverkehr wenigstens in den Früh-, Mittags- und Abendstunden aufrecht zu erhalten, können auf Grund der ~~Anforderungen~~ der Strassenbahndirektion keine genügende Berücksichtigung finden, weil sie dem bezweckten Erfolg, Kohlen zu ersparen, damit ein Vorrat angesammelt werde, nur in ungenügender Weise entsprechen. Der Bürgermeister wendet sich sodann gegen die politische Ausnützung der durch die Kohlenkalamität entstandenen Lage und betont, dass es der Gemeinde, trotz aller unermüdlichen Bemühungen vollkommen unmöglich war, diese Katastrophe, der man mit offenen Auge entgegengehen musste, abzuwenden. Alle Hilfsquellen, die in den früheren Jahren und noch vor kurzer Zeit durch die Anforderung der in Wien lagernden Kohlenvorräte vorhanden waren, sind jetzt veräugt, die einzige Hilfe, welche die Gemeinde erwarten kann, seien die Zuschüsse aus dem Auslande.

An den Bericht kämpfte sich eine längere Debatte.

StR. Kienböck betonte, dass der Vorwurf, der der Gemeinde gemacht werde, dass sie mit den Sparmassnahmen früher hätte einsetzen sollen, richtig ist. Wenn es sei nicht gleichgiltig, ob etwas im Juli oder August gemacht werde oder erst vor Einbruch des Winters. Damals habe man in der Gemeinde eben zu optimistisch gesehen. Was den Vorwurf, den einzelne Tagesblätter erhoben haben, anbelange dass man die Strassenbahndrosselung wegen der erhöhten Einnahmen durchgeführt habe, so müsse er sagen, dass dieser Vorwurf nicht berechtigt sei und auch nicht von seiner Partei gemacht worden sei. Weiters fragte Redner, ob schon für Ersatzmitteln in irgend einer Weise vorgesorgt worden sei. Vorläufig habe man davon noch nichts gehört. Es müsse aber doch auch gesagt werden, was an Stelle der Strassenbahn und an Stelle des Hausbrandes treten werden, wenn es auf längere Zeit wirklich/unmöglich sein sollte, die erstere im Betrieb/und den letzteren auszugeben. Was die Holzaufbringung anbelange, so sei nach Ansicht des Redners damit ein vollständiger Misgriff getan worden. Er habe sich davon überzeugt, dass die Holzbeschlagnahmen unwirksam sind und dass sie kein positives Ergebnis haben werden. Es müsste daher auch nach dieser Richtung auf einen ganz anderen Wege etwas vorgekehrt werden. Man müsste, gehe es wie immer, die Vorräte, welche vorhanden sind, zu erwerben trachten. Vielleicht gelingt uns dann die Holzbeschaffung wenigstens einigermaßen in die Wege zu leiten.

StR. Täubler; Kollege Kienböck hat es für seine Partei abgelehnt, dass aus dieser Sache politisches Kapital geschlagen werde. Ich sag es ganz offen, dass ich nicht der Ueberzeugung bin, dass die Gegenseite ~~keine~~ ^{denen} kein politisches Kapital schlagen will. Wenn Kollege Kienböck oder ein anderer ~~etwas~~ ^{etwas} haben wollte, so haben die Herren bisher immer den Weg zum Bürgermeister gefunden. Warum wurde er auch in diesem Falle eingeschlagen? Dass die Gemeinde Vertretung in dieser Angelegenheit vielleicht etwas zu optimistisch war, und dass es vielleicht zweckmässig gewesen wäre, die Einstellung des Strassenbahnverkehrs schon im Sommer vorzunehmen, will ich zugeben, aber meine Herren, das ist eine Weisheit, die hinterher kommt. Warum war denn die Gemeinde so optimistisch? Sie war so optimistisch, weil sie glaubte, dass die Massnahmen, die sie durchgeführt hat, wirken werden. Weil sie geglaubt hat, dass der Vertrag, der schon im August mit der Tschechoslovakei abgeschlossen wurde, gleich und nicht erst jetzt ratifiziert werden wird. Dass die Verträge, die gemacht wurden, nicht eingehalten werden und dass der Hauptvertrag erst jetzt ratifiziert wurde, das wissen wir eben erst jetzt. Dass wir damals vertraut haben, ist nicht verwunderlich, weil es sonst üblich ist, dass Verträge eingehalten werden. Was die Drosselung des Strassenbahnverkehrs betrifft, so bezweifle ich sehr,

dass die Herren der Minorität, wenn auch sie für diese Einstellung verantwortlich wären, so gesprochen hätten. Denn ich erinnere mich, dass die Herren sehr aufgeregt waren, als wir nicht die Kaffeehäuser bis 12 Uhr nachts beleuchten lassen wollten. Solche Betrachtungen hinterher, sind meiner Anschauung nach, sehr unangebracht. Tatsache ist, dass wir weder hier in Wien, noch in Deutschösterreich diese Fragen lösen können, weil es eben nicht in unserer Macht liegt. Selbst wenn Wundermenschen an der Spitze der Regierung des Landes und der Gemeinde stünden, wäre es nicht möglich, diese Frage aus eigener Kraft zu lösen, und Kohle und Lebensmittel herbei zu schaffen. Wir sind auf den guten Willen, auf die Gnade anderer angewiesen und wenn uns die im Stiche lassen, so können wir eben dagegen nichts machen.

Redner wendete sich sodann gegen Auslassungen in Tagesblättern die den verantwortlichen Faktoren zum Vorwurfe machen, dass sie nicht auf der Höhe der Organisation stünden. Dass sei vollkommen unrichtig und es trage nur dazu bei im Ausland über uns ein falsches Licht zu verbreiten. Alle Faktoren hätten das Menschenmögliche geleistet und ihre Pflicht zweifellos restlos erfüllt.

StR. Breitner wies darauf hin, dass es lächerlich sei, dass für die Einstellung der Strassenbahn in den Sommermonaten irgend welche Bedenken wegen des Ertrages massgebend gewesen seien. Das könne doch wirklich niemand ernstlich glauben. Hier handle es sich vor allem darum, ob man besser ~~die~~ ^{die} Vorräte aufzuzehren und die Katastrophe rasch eintreten zu lassen oder dieselbe hinauszuschieben. Das ist eine Frage der Taktik und die Ansichten können darüber zweifellos verschieden sein. Wir haben zugewartet, und zwar insbesondere mit Rücksicht darauf, dass wir den Friedensvertrag abwarten wollten, weil wir glaubten, dass dann die Lieferungen wieder einsetzen werden. Heute handelt es sich auch nicht darum, ob wir den Verkehr auf der Strassenbahn zwei Stunden am Morgen und zwei am Abend hätten ~~lassen~~ ^{lassen} lassen sollen, sondern heute ist ~~es~~ ^{es} ob wir überhaupt aus diesem Winter mit der Aufrechterhaltung der sozialen Ordnung herauskommen werden. ~~Das~~ ^{Das} ist eine Frage, bei der es zweifellos kein Politikum gibt. Was die Holzfrage betrifft, so ist Redner gleichfalls der Ueberzeugung, dass die Wirkung der diesbezüglichen Verordnung eine verfehlte sein wird. Die Verordnung wird in der Praxis keine Wirkung haben, es werden erst im Jänner und Februar Holzmassen gebracht werden können, aber auch in dieser Beziehung ist zweifellos nach Möglichkeit alles vorgekehrt worden.

StR. Hackl teilte mit, dass bis heute 150.000 Raummeter trockenholz Holz geschlägert worden seien und dass davon 10.000 Raummeter an fahrbaren Strassen liegen. Dieses Holz könnte demnach auch mit Automobilen nach Wien gebracht werden. Die Holzbringung stehe jedenfalls nicht günstig, aber auch nicht gänzlich ungünstig, weil

viele Holzmassen in der Umgebung von Wien Greifbar wären. Von diesen Holzmassen seien bereits 45.000 Raummeter geschlägert. Die Organisation zur Bringung des Holzes sei bereits eingeleitet und Redner glaube, dass bereits in den nächsten Tagen mit der Abfuhr ~~begonnen~~ ^{begonnen} werden können.

StR. Dr. Kienböck brachte den Antrag ein, dass das städtische Holzpersonal auf einige Wochen der Holzaktion zur Verfügung gestellt werden solle. Dieser Antrag wurde der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen und darauf die Debatte abgebrochen.